



## COVID-19 – Newsletter 65

11.12.2020

Noch immer oder eigentlich schon wieder stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig. Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen.

Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden.

Städte und Gemeinden haben mit ihrer Bürgernähe maßgeblich dazu beigetragen, dass Österreich die erste Phase der COVID-19 Pandemie gut bewältigt hat. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren die Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

**Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.**

**Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen ([https://intrakommuna.at/net\\_home/Pages/Startseite](https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite))**

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:  
[https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no\\_cache=1](https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1)

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Grafik: Stadt Wien

## Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen .....	4
1.    Aktuell im RIS .....	4
2.    Information des BMSGPK über die ärztliche Anordnung bei COVID-19-Screenings .....	5
3.    Massentests: Drei Viertel der Lehrer nahmen teil, 0,2 Prozent positiv .....	6
4.    Impfstoffe: Auer sieht Ärzte als Schlüssel zu hoher Durchimpfungsrate .....	7
5.    Corona-Massentest: Deutlich mehr Zulauf, wenn Anmeldepflicht fällt .....	8
6.    Massentests - Bundesheer bei zweiter Testwelle mit 5.500 SoldatInnen dabei .....	8
7.    Schulunterricht in Ausweichquartier eher nur in Einzelfällen .....	8
8.    Hightech hilft im Coronakampf .....	9
9.    Medizinhistoriker: "Mit jeder Pandemie kamen Verschwörungstheorien" .....	9
10.    VfGH lehnte Corona-Beschwerden von Unternehmen ab .....	10
11.    Die COVID-19 Judikatur des VfGH sowie dessen Auswirkungen auf die Verwaltungsgerichte .....	10
12.    Corona-Impfung: Auch Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung oder psychischer Erkrankung entscheiden grundsätzlich selbst11 .....	11
Aus den Bundesländern .....	12
1.    Kärntner Landtag fordert finanzielle Hilfe für Gemeinden .....	12
2.    Massentests: Landeshauptleute für zweiten Durchgang Anfang Jänner .....	12
3.    Massentests - Salzburg, Oberösterreich und Kärnten starten am Freitag .....	12
4.    Ein Drittel der positiven Antigen-Massentests in Tirol falsch positiv .....	13
5.    Massentests - Vorbereitungen in Salzburg laufen auf Hochtouren .....	13
6.    Massentests im Burgenland starten .....	14
7.    Massentests in eingeschneiten Kärntner Gemeinden verschoben .....	15
8.    Land Salzburg: Ohne Impfung keine Anstellung .....	15
9.    Anmeldungen in der Steiermark bisher überschaubar .....	15
10.    Etwa 360.000 Anmeldungen in Niederösterreich .....	15
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden .....	16
1.    Entschließungsantrag der Regierungsparteien zu einem zweiten Gemeinde-Hilfspaket .....	16
2.    Städtebund begrüßt Entschließungsantrag für Hilfspaket für Gemeinden .....	16
3.    Städtebund: Auch Fiskalrat empfiehlt Ausgleich für Städte und Gemeinden .....	17
4.    Bürgermeister Stadler kritisiert Kommunikation des Bundes .....	18
5.    Abgeordneter Keck: Bundesregierung soll den Gemeinden Kosten der Massentests endlich vollständig ersetzen .....	18
6.    Massentests - Problemloser Start in Eisenstadt .....	18
7.    Massentests - 8.700 Anmeldungen in Klagenfurt .....	19
8.    Junge InnsbruckerInnen nahmen Angebot besonders gut an .....	19
9.    Massentests - Guter Andrang zum Auftakt in der Stadt Salzburg .....	19
10.    Parkgebühren gelten wieder in Klagenfurt und Villach .....	19
11.    Wien: Kaffeehäuser öffnen für Schüler zum Lernen .....	20



Europa und International .....	21
1. Großbritannien bereitet sich auf erste Impfungen vor .....	21
2. Corona belebt klassische Rollenbilder in Deutschland .....	21
3. Drei Viertel in Manaus infiziert .....	21
4. WTO: Geistige Eigentumsrechte bei Impfstoffen aufrecht .....	21
Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel .....	22
1. Europäische Kommission: COVID19-Wettbewerbs- & Innovationsfähigkeit der EU-Arzneimittelindustrie .....	22
2. Europäische Kommission: COVID19-Fit-for-the-Future .....	22
3. Europäische Kommission: COVID19-EU-Schuldverschreibungen .....	22
4. EURO-GRUPPE: inklusives Format (27 EU-Mitgliedstaaten) .....	23
5. EURO-GRUPPE: reguläres Format (19 Euroraum-MS) .....	23
6. Europäische Zentralbank: COVID19-Ausweitung des Notkaufprogramms .....	23



## Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

### 1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **3. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. I Nr. 122/2020](#)

Bundesfinanzgesetz 2021 – BFG 2021 samt Anlagen

[BGBl. I Nr. 123/2020](#)

Bundesfinanzrahmengesetz 2021 bis 2024 – BFRG  
2021-2024

[BGBl. II Nr. 538/2020](#)

Änderung der COVID-19-Schulverordnung 2020/21 -  
C-SchVO 2020/21

[BGBl. II Nr. 539/2020](#)

Festsetzung des Mindestlohntarifs für im Haushalt  
Beschäftigte für Österreich

[BGBl. II Nr. 540/2020](#)

Niederlassungsverordnung 2020 – NLV 2020

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **4. Dezember 2020** und **6. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 541/2020](#)

Valorisierung der in der  
Auslandsverwendungsverordnung (AVV) festgesetzten  
Beträge

[BGBl. II Nr. 542/2020](#)

Tierversuchsrechtsänderungsverordnung – TVRÄV

[BGBl. II Nr. 543/2020](#)

Staatliche Wirtschaftskommission beim  
Bundesministerium für Digitalisierung und  
Wirtschaftsstandort

[BGBl. II Nr. 544/2020](#)

2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2.  
COVID-19-SchuMaV

[BGBl. II Nr. 545/2020](#)

Änderung der Zivilluftfahrt-Vorfall- und Notfall-  
Maßnahmen-Verordnung

[BGBl. II Nr. 546/2020](#)

Novelle 2020 der Geflügelpest-Verordnung 2007

[BGBl. III Nr. 204/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens (Nr. 138) über  
das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung

[BGBl. III Nr. 205/2020](#)

Beendigung des Handelsübereinkommens zwischen  
Österreich und Spanien

[BGBl. III Nr. 206/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens (Nr. 105) über  
die Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957

[BGBl. III Nr. 207/2020](#)

Geltungsbereich des Protokolls von 2014 zum  
Übereinkommen über Zwangsarbeit, 1930

[BGBl. III Nr. 208/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens (Nr. 102) über  
die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit

[BGBl. III Nr. 209/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens (Nr. 144) über  
dreigliedrige Beratungen zur Förderung der  
Durchführung internationaler Arbeitsnormen

[BGBl. III Nr. 210/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens (Nr. 176) über  
den Arbeitsschutz in Bergwerken

[BGBl. III Nr. 211/2020](#)

Annahme einer neuen Anlage VII zum Rotterdamer  
Übereinkommen über das Verfahren der vorherigen  
Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte  
gefährliche Chemikalien sowie Pestizide im  
internationalen Handel



Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **7. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 547/2020](#)

Herkunftsnachweispreis-Verordnung 2021 – HKN-V 2021

[BGBl. II Nr. 548/2020](#)

Änderung der Verordnung über Bildungsstandards im Schulwesen

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **9. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. I Nr. 124/2020](#)

Berichtigung von Verlautbarungen im  
Bundesgesetzblatt

[BGBl. II Nr. 549/2020](#)

Berichtigung von Verlautbarungen im  
Bundesgesetzblatt

[BGBl. II Nr. 550/2020](#)

Änderung der Verordnung über die  
Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz 2017 (VGÜ  
2017)

[BGBl. II Nr. 551/2020](#)

Aufwandersatzverordnung

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **10. Dezember 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 552/2020](#)

Festsetzung des Mindestlohntarifs für Helferinnen und  
Helfer (Assistentinnen und Assistenten) und  
Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer in  
Privatkindergärten, –krippen und –horten  
(Privatkindertagesheimen)

[BGBl. II Nr. 553/2020](#)

Festsetzung des Mindestlohntarifs für  
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in privaten  
Kinderbildungseinrichtungen und in privaten  
Kinderbetreuungseinrichtungen

[BGBl. II Nr. 554/2020](#)

Änderung der Arbeitsmarktsprengelverordnung

[BGBl. II Nr. 555/2020](#)

Mauttarifverordnung 2020

[BGBl. II Nr. 556/2020](#)

Neufestsetzung einer Pauschalvergütung des Bundes  
für Leistungen der nach § 45 RAO bestellten  
Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

[BGBl. III Nr. 212/2020](#)

Geltungsbereich der Multilateralen Vereinbarung M313  
nach Abschnitt 1.5.1 des ADR über die Beförderung von  
explosiven Stoffen und Gegenständen mit Explosivstoff,  
die den Streitkräften gehören und zur Vernichtung  
vorgesehen sind

## 2. Information des BMSGPK über die ärztliche Anordnung bei COVID-19-Screenings

Angesichts der auch für die nächsten Wochen anberaumten „Massentestungen“ der Bevölkerung betreffend SARS-CoV-2-Infektionen sowie der in der COVID-19-Notmaßnahmenverordnung, BGBl. II Nr. 479/2020, idgF., bzw. der in Aussicht genommenen 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung vorgesehenen regelmäßigen Testungen von Bewohnern/-innen und Personal in Pflegeheimen hat sich die Frage nach der Realisierung der ärztlichen Anordnung dieser Testungen gestellt.



Da es sich hierbei um Testungen von gesunden Personen handelt (von COVID-19 betroffene Personen sollen an dieser Testung ja nicht teilnehmen) ist keine ärztliche Anordnung erforderlich, wenn die Testungen von Angehörigen anderer Gesundheitsberufe oder dazu in Ausbildung stehend durchgeführt werden, sofern diese Tätigkeiten vom Tätigkeitsbereich des entsprechenden Gesundheitsberufes umfasst sind. Es genügt in diesem Fall eine allgemeine Anordnung des/der für die jeweilige Einrichtung zuständige/n Art/Ärztin bzw. Sanitätsbehörde. Außerdem soll in der aktuellen Novelle des EpiG 1950 eine entsprechende Klarstellung verfasst werden.

Das betreffende Schreiben des BMSGPK finden Sie in **Beilage1**.

### 3. Massentests: Drei Viertel der Lehrer nahmen teil, 0,2 Prozent positiv

72 Prozent der Schul- und Kindergartenmitarbeiter haben am Wochenende an den speziellen Massentests für diese Berufsgruppe in sechs Bundesländern teilgenommen. 0,24 Prozent bzw. rund 300 Personen davon waren laut Antigentest mit dem Coronavirus infiziert, sagte Bildungsminister Heinz Faßmann am Montag bei einer Pressekonferenz. Keine Zahlen gibt es vorerst für Wien, Tirol und Vorarlberg, wo Lehrer und Kindergartenpädagogen an den generellen Massentests teilnahmen. Für ihn sei die hohe Beteiligung ein Beleg für das ausgeprägte Verantwortungsbewusstsein der Pädagoginnen und Pädagogen, zeigte sich Faßmann erfreut. "Das ist mehr als ein respektabler Wert, man kann auch sagen, das ist ein großartiger Wert."

Welcher Anteil an Lehrern über alle Bundesländer hinweg an den Tests teilgenommen hat, wird man laut Faßmann erst wissen, wenn auch Wien mit seinem bis 13. Dezember dauernden Massentest fertig sei. Selbst wenn man den in Wien derzeit verhaltenen Zustrom berücksichtigt, liege man bei insgesamt zwei Drittel. Bei Tirol geht Faßmann von einem ähnlich hohen Wert wie in den anderen Bundesländern aus.

Der Anteil an Positiven unter den Getesteten liegt mit 0,24 Prozent deutlich unter dem Wert der jüngsten Dunkelzifferstudie vom November mit 3,1 Prozent. Nachdem die Bestätigung der positiven Befunde durch PCR-Tests noch aussteht, dürfe dieser Wert noch weiter sinken. Diese niedrigen Infektionszahlen könnten laut Faßmann daran liegen, dass sich an einem freiwilligen Test tendenziell jene beteiligen, die ohnehin gesundheitsbewusst sind und sich an Regeln halten. Dazu komme, dass die Dunkelzifferstudie am Höhepunkt der zweiten Welle stattgefunden habe, während die Lehrer-Massentests am Ende des zweiten harten Lockdowns durchgeführt wurden, durch den die Dunkelziffer bereits gedrückt wurde.

Es habe sich gezeigt, dass das spezifische Ansprechen sozialer Gruppen eine Möglichkeit sei, um die Akzeptanz der Massentests zu steigern, betonte Faßmann. Jugendliche, die sich derzeit kaum an den Massentests beteiligen, müsse man bei der nächsten Testwelle sicherlich spezifischer ansprechen und ihnen klar machen, was das Testen ihnen im realen Leben bringe.

Angesprochen auf mehr Testungen von SchülerInnen verwies auf Faßmann auf deren große Zahl von 1,1 Millionen. Dazu komme, dass jüngeren Schülern aus Sicht der Eltern manche Testmethoden nicht zuzumuten seien. "Da müssen wir noch reflektieren, wir haben hier noch ein klein wenig Zeit und werden es auch rechtzeitig kommunizieren." Es kämen hier auch ständig neue Testverfahren auf den Markt.

Aus Faßmanns Sicht sind die Massentests jedenfalls ein gutes Instrument, um symptomlos Infizierte aus dem System zu holen. Testen sei wichtig für Normalität im Schulbetrieb und es werde mit Sicherheit im Jänner weitere Screenings geben. Ob es sich dabei erneut um Massentests oder um spezifische dezentrale Testungen handeln wird, sei noch nicht entschieden. "Aber Testen wird für eine virusrobuste Schule zur Normalität werden." Zusätzlich gebe es an den Schulen nun auch in acht Bundesländern mobile Tester, die Verdachtsfälle an den Schulen mittels Antigen-Schnelltests rasch abklären sollen.



#### 4. Impfstoffe: Auer sieht Ärzte als Schlüssel zu hoher Durchimpfungsrate

Der Schlüssel zu einer möglichst hohen Durchimpfungsrate gegen Covid-19 liegt für den Covid-Sonderbeauftragten im Gesundheitsministerium, Clemens Martin Auer, in der Ärzteschaft und beim weiteren Gesundheitspersonal. Da es "keinen Rechtszwang zur Impfung geben wird", müsse man diese Gruppen optimal über die einzelnen Impfstoffe aufklären. Gelingt das nicht, "fallen die anderen Dominosteine", zeigte sich der Experte am Mittwoch vor Journalisten überzeugt.

Europa sei in punkto Covid-19-Impfung sozusagen "ready to go". In Österreich sieht die Strategie den Start bei BewohnerInnen und MitarbeiterInnen in Alten- und Pflegeheimen im Jänner vor. Da es sich hier um den am stärksten gefährdeten Bereich handelt, sei diese Vorgehensweise "ganz logisch", weil sie auch die größte Entlastung für Krankenhäuser und Intensivstationen mit sich bringe, so Auer bei einer Online-Veranstaltung des Österreichischen Verbandes der Impfmittelhersteller (ÖVIH) mit dem Titel "Covid-19-Impfung als Wendepunkt?". Hier sollten sich wirklich möglichst alle - quasi vom Oberarzt bis zur "Blumenhändlerin" - immunisieren lassen.

Damit dies gelingen kann, müsse man vor allem ÄrztInnen und PflegerInnen mitnehmen. Ist die Ärzteschaft von der Sicherheit und Sinnhaftigkeit der Impfung nicht ausreichend überzeugt, könnte es mit dem Erreichen der epidemiologisch notwendigen Durchimpfungsrate zwischen 60 und 65 Prozent schwierig werden, so Auer. Aber auch die Träger der vielfach stark Covid-19-gebeutelten Einrichtungen hätten Fürsorgepflichten gegenüber PatientInnen und MitarbeiterInnen: "Die Impfung ist ein adäquates Mittel um das Risiko zu minimieren", so der Appell des Sonderbeauftragten. Abseits einer nicht vorhandenen Impfverpflichtung habe man hier auch nicht mehr Instrumente an der Hand, um die Ziele zu erreichen.

Für den baldigen Start von "klaren und guten Informationskampagnen" sprach sich Monika Lechleitner, Direktorin des Landeskrankenhauses Hochzirl - Natters (Tirol) aus. Nicht nur die BewohnerInnen von Alten- und Pflegeeinrichtungen, sondern vielfach auch die regelmäßigen BesucherInnen gehören zur vulnerablen Gruppe der Über-65-Jährigen, sagte die Geriatrie-Expertin. Dazu komme, dass viele Menschen über 60 österreichweit Familienmitglieder zuhause pflegen. Die Impfung biete Schutz für ältere Menschen und ihre Umgebung, denn die Altersgruppe "60 plus" habe bekanntlich eine rund fünffach erhöhte Mortalitätsrate, so Lechleitner.

Nicht zuletzt gilt für sie auch ein klar erhöhtes Risiko, auf einer Intensivstation zu landen. Vor rund drei Wochen habe sich hier die Situation stark zugespitzt, so der Leiter Intensivstation 13.12 der Medizinischen Universität Wien, Thomas Staudinger. Seit Covid-19 "haben wir das Gesundheitssystem nicht so laufen, wie wir es gewohnt waren". Aufgrund fehlender Ressourcen zur Behandlung seien laut internationalen Schätzungen bis zu einem Drittel der zusätzlichen Todesfälle gar nicht durch Covid verursacht. "Die Impfung ist eine Möglichkeit den Druck aus dieser Geschichte zu nehmen", sagte der Intensivmediziner, der auch nach einer breiteren Impfkampagne davon ausgeht, dass es noch Monate dauern könne, bis in seinem Gebiet wieder der ohnehin immer stark ausgelastete Normalzustand einkehrt. Daher plädierte auch Christiane Druml, Vorsitzende der Bioethikkommission des Bundeskanzleramts, für Empfehlungen für eine Impfung in der Öffentlichkeit. Die Gratisimpfung sei ein "Privileg, das wir annehmen sollten".

Die Kommission gehe bei ihren Annahmen zwar von gut verträglichen und wirksamen Impfungen aus, eine Empfehlung zur Verpflichtung gebe man aber nicht ab, auch weil zu den einzelnen Impfstoffen aktuell noch relativ wenig gesicherte Informationen vorliegen.

Ob etwa in Zukunft bei der Einreise nach Österreich ein Nachweis einer Covid-19-Impfung notwendig sein könnte, lasse sich noch nicht beurteilen. Diese "politische Frage" stelle sich in erster Linie für den gesamten Schengenraum und sei momentan "nicht auf Tagesordnung", könnte aber dort landen, sagte Auer. Es gebe beispielsweise Überlegungen seitens der Weltgesundheitsorganisation WHO über die Aufnahme von Covid-19-Impfungen in den internationalen Impfpass. Für den Fall, dass so etwas kommt, braucht es laut Auer auch lückenlose digitale Informationen darüber, wer in Österreich schon geimpft wurde.



## 5. Corona-Massentest: Deutlich mehr Zulauf, wenn Anmeldepflicht fällt

Ein reines Online-Anmeldesystem hält offenbar tatsächlich zahlreiche Menschen ab, beim Corona-Massentest mitzumachen. Das zeigt das Beispiel Wien, wo das Screening noch bis kommenden Sonntag läuft. An drei Standorten hat man Kapazitäten für die Testung von 1,2 Millionen Menschen geschaffen, gekommen sind bis einschließlich 8. Dezember aber nur 114.000.

Besonders schlecht ausgelastet ist das Messezentrum, weshalb man dort am Montag die Anmeldepflicht aufhob. Mit spürbarem Effekt: Für den 8. Dezember hatte die Messe 7.246 Anmeldungen, gekommen sind aber 13.951, rechnet man im Büro von Gesundheitsstadtrat Peter Hacker vor. Das heißt: Dank Aufhebung der Anmeldepflicht wurden rund 6.700 Personen mehr getestet. Die verpflichtende Anmeldung bei den beiden anderen Standorten (Stadthalle, Marx-Halle) will man aber auf der dort deutlich stärkeren Auslastung beibehalten, um keine unnötig langen Wartezeiten zu provozieren. Dennoch ließen sich Lehren für die zweite Runde des Massentests ziehen, die dem Vernehmen nach am 7. und 8. Jänner über die Bühne gehen könnte, ist man in der Stadtregierung überzeugt.

„Eine reine Online-Anmeldemöglichkeit schließt viele Menschen aus. Wir brauchen daher eine bundesweite Telefon-Hotline“, sagt ein Hacker-Sprecher. Erst wenn man die Service-Qualität mit Schritten wie diesen erhöht habe, könne man über Maßnahmen wie Belohnungen für Teilnehmer oder gar eine Verpflichtung nachdenken.

Von vornherein verzichtet auf eine Anmeldung hat man in Salzburg, wo am Freitag die Tests starten. Sie sind dort ähnlich wie eine Wahl organisiert. „Ich sehe unser System ohne Anmeldung als komfortabler für die Bevölkerung“, sagt Landeshauptmann Wilfried Haslauer. „Die rund 30 Prozent von Tirol und Vorarlberg wollen wir überbieten.“

Mehr dazu: <https://kurier.at/chronik/wien/corona-massentest-deutlich-mehr-zulauf-wenn-anmeldepflicht-faellt/401124102>

## 6. Massentests - Bundesheer bei zweiter Testwelle mit 5.500 SoldatInnen dabei

Das Bundesheer unterstützt die zweite Massentestwelle, bei der nun außer Tirol und Vorarlberg alle Bundesländer mitmachen, mit 5.500 SoldatInnen. In Wien läuft der Einsatz unverändert an den drei Standorten bis 13. Dezember weiter. In Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, der Steiermark und im Burgenland starten am Wochenende die Massentests für die Bevölkerung. Verteidigungsministerin Klaudia Tanner besucht indes die Teststraße in der Wiener Stadthalle.

Die Ministerin, die erstmals nach überstandener Corona-Infektion öffentlich auftritt, macht sich am frühen Nachmittag persönlich ein Bild über den Ablauf und besucht die vor Ort eingesetzten Bundesheerbediensteten bei ihrer Arbeit in der Corona-Teststation. Im Vorfeld zeigte sie sich voll des Lobes für die Soldaten. "Das Bundesheer hat bei den bisherigen Tests seinen Ruf als strategische Reserve der Republik Österreich eindrucksvoll bestätigt. Die Rückmeldung der getesteten Personen war sehr beeindruckend. Das macht mich stolz und sicher, dass unsere Soldatinnen und Soldaten auch bei den nun bevorstehenden Massentests ihr Bestes geben werden", so Tanner in einer Stellungnahme gegenüber der APA.

## 7. Schulunterricht in Ausweichquartier eher nur in Einzelfällen

Die den Schulen nahegelegte Verlegung des Unterrichts in nahegelegene Ausweichquartiere wird wohl eher nur in Einzelfällen praktiziert werden. Das zeigt ein Rundruf der APA in den Bildungsdirektionen der Länder. Oft stehen dem praktische Probleme entgegen, zum Teil ist etwa vor allem im ländlichen Raum das Platzangebot an den Schulen ausreichend. An Gymnasien hat sich das Platzproblem außerdem durch den Verbleib der Oberstufen im Distance Learning entschärft.

Manchmal scheitert ein Ausweichen trotz Interesses an praktischen Fragen, hieß es aus der **Wiener** Bildungsdirektion. So habe etwa eine Volksschule Räumlichkeiten an einer Uni nutzen wollen - beim Lokalausweis habe sich dann gezeigt, dass die Kinder zu klein für die Bänke waren. Eine Kooperation mit einem Kino scheiterte an den Lichtverhältnissen.





Zum Teil steht man noch in Verhandlungen mit Einrichtungen wie Universitäten oder Museen - wobei letztere nun aber selbst ab Montag öffnen dürfen. Die Stadt hat außerdem die Volkshochschulen zur Verfügung gestellt, noch ist eine Nutzung aber nicht fix. Gespräche gebe es auch mit dem Cafe Landtmann - allerdings nicht als Ausweichort für Präsenzunterricht, sondern wegen des guten WLAN zur Nutzung als Arbeitsbereich für Distance Learning.

Am Land kommt dazu, dass in den Schulen meist genug Platz sei, weil es weniger Kinder als früher gibt, sagte der **Kärntner** Bildungsdirektor Robert Klinglmair. Einen zentralen Überblick gebe es aber in der Bildungsdirektion nicht, das sei Sache der Gemeinden. Aber auch aus Ballungsgebieten wie Villach habe es geheißen, dass noch kein Bedarf seitens der städtischen Schulen gemeldet wurde: Sie würden zur Ausdünnung des Schulbetriebs eigene Räumlichkeiten wie etwa Turnsäle nützen.

Auch in anderen Bildungsdirektionen berichtete man zum Teil zwar von einigen Anfragen von Schuldirektoren zu Ausweichquartieren. Zentral gesammelt werden diese aber nicht. In **Salzburg** hatte man bis Mitte der Woche sogar gar keine Anfragen bekommen.

In **Graz** hieß es, dass die Pflichtschulen in den vergangenen Jahren ausgebaut und die räumlichen Ressourcen dort daher weitgehend vorhanden seien. Wenn sich Schulen melden, werde geprüft, ob im Umkreis der Schule geeignete Räumlichkeiten vorhanden sind. "Die Möglichkeiten sind allerdings überschaubar", hieß es aus dem Büro von Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner. Anfragen habe es vorerst noch keine gegeben. Die Schulen wollen meist die eigenen Räumlichkeiten nutzen, um größere Abstände einhalten zu können - etwa Turn- und Festsäle. An AHS kommt noch dazu, dass Biologie-, Chemie- oder Physiksäle und ähnliche Einrichtungen derzeit öfter leer stehen, weil ja die Oberstufen im Distance Learning sind.

Uneinheitlich ist das Vorgehen der Schulen bei der vom Bildungsministerium empfohlenen Verschiebung von etwaigen schulautonomen Tagen zum Wiederbeginn des Präsenzunterrichts am 7. Dezember. Vor allem im Pflichtschulbereich ist der "Zwickeltag" vor dem Feiertag am 8. Dezember vielfach gar nicht schulautonom freigegeben worden (den Pflichtschulen steht ein schulautonomer Tag weniger zu als den höheren Schulen, Anm.). Im AHS-Bereich haben viele Schulen verschoben, andere aber auch nicht. Zur Verschiebung hätten sich etwa viele Schulen deshalb entschlossen, um den Montag vor allem als "Puffertag" für organisatorische Fragen und das "Ankommen" der Schüler zu nutzen und dann am Mittwoch den Normalbetrieb starten zu können, hieß es aus einer Bildungsdirektion.

## 8. Hightech hilft im Coronakampf

Auch Techniker legen sich mit dem Virus an: Eine App erkennt Corona am Husten, ein Textroboter interpretiert Symptome. Und Wiener Entwickler kündigen den "schnellsten Coronatest der Welt" an. Nicht nur medizinische Labors vermehren Fortschritte im Kampf gegen Covid-19: ein Überblick zu Leuchtturmprojekten aus der IT- und Hightech-Welt. Darunter auch eines, das in Salzburg aufgezogen wurde.

Mehr dazu: <https://www.sn.at/panorama/medien/hightech-hilft-im-coronakampf-96410626> (Premium Artikel)

## 9. Medizinhistoriker: "Mit jeder Pandemie kamen Verschwörungstheorien"

Immer dann, wenn man mit aktuellen Situationen schlecht zurechtkommt, kann ein Blick in die Vergangenheit neue Erkenntnisse bringen. Lernen aus der Geschichte also. Wenn es um Pandemien geht, ist das gar nicht so leicht, sagt Medizinhistoriker Wolfgang U. Eckart, weil es auf den Kontext der Zeit ankommt. Was er auch weiß: Seit jeher schüren Krankheiten Verschwörungstheorien. Seine gute Nachricht: Noch jede Pandemie ist auch wieder vorübergegangen.

Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000122203454/medizinhistoriker-mit-jeder-pandemie-kamen-verschwörungstheorien>



## 10. VfGH lehnte Corona-Beschwerden von Unternehmen ab

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat die Behandlung mehrerer Beschwerden von Unternehmen abgelehnt, die gegen die Coronamaßnahmen der Regierung gerichtet waren. Dabei handelte es sich um eine Handelsgesellschaft, die Vermieterin eines Einkaufszentrums sowie ein Reisebüro. Sie hatten die Entschädigung für den im ersten Lockdown erlittenen Verdienstentgang beantragt. Der VfGH sah laut Aussendung am Montag keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Sowohl die jeweils zuständige Bezirkshauptmannschaft als auch das Landesverwaltungsgericht hatten die Anträge mangels Rechtsgrundlage abgelehnt. In ihrer Beschwerde hatten sich die Unternehmen auf das Epidemiegesetz bezogen, wonach Personen Anspruch auf eine Vergütung haben, wenn sie ein Unternehmen betreiben, das wegen des Auftretens einer anzeigepflichtigen Krankheit "in seinem Betrieb beschränkt oder gesperrt worden ist", und dadurch ein Verdienstentgang eingetreten ist.

### Gilt nicht bei Verordnungen

Das im März 2020 beschlossene COVID-19-Maßnahmengesetz sieht jedoch vor, dass die Bestimmungen nicht anzuwenden sind, wenn zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus eine dementsprechende Verordnung erlassen worden ist. Der VfGH bestätigte die Regelung. Das Gesetz erfasse alle verfügbaren Maßnahmen, eine möglicherweise unsachliche Differenzierung zwischen Betriebsschließungen, Betretungsverboten und anderen Maßnahmen liege nicht vor. Die Verfassungsrichter verwiesen zudem auf das "umfangreiche Maßnahmen- und Rettungspaket" der Regierung. Die betroffenen Unternehmen hätten dadurch insbesondere die Möglichkeit gehabt, Beihilfen bei Kurzarbeit zu erhalten.

## 11. Die COVID-19 Judikatur des VfGH sowie dessen Auswirkungen auf die Verwaltungsgerichte

Artikel aus der Zeitschrift für Verwaltungsgerichtsbarkeit

Die ersten Entscheidungen des VfGH zu Corona-Maßnahmen vom 14.07.2020 entsprechen teilweise dem Erwarteten, teilweise haben sie auch für Überraschungen gesorgt. Jedenfalls hat der VfGH mit einer Weiterentwicklung seiner Judikatur zur Zulässigkeit von Individualanträgen eine Rechtslücke geschlossen und für den weiteren Verlauf der Corona-Krise wichtige Hinweise für Gesetzgebend und Verwaltung zur Zulässigkeit der Anordnung bestimmter Maßnahmen und deren Ausgestaltung gegeben.

Den Artikel „Die Covid-19-Judikatur des VfGH – eine verfassungsrechtliche Analyse“ von Dr.<sup>in</sup> Kerstin Holzinger finden Sie in **Beilage2**.

Die Covid-19-Pandemie erreicht auch die Verfassungsgerichtsbarkeit. Nachdem Bevölkerung, Politik und Gesetzgebung Österreich einen Gutteil des Jahres 2020 mit der Gesundheitskrise beschäftigt waren, hatte sich nunmehr das Höchstgericht mit der „ersten Welle“ an COVID-Rechtsetzungsakten auseinanderzusetzen. Der VfGH betonte mit diesen inhaltlichen Entscheidungen die Bedeutung der demokratischen wie rechtsstaatlichen Grundwerte auch und gerade in Krisenzeiten. Es geht um mehr als nur „juristische Spitzfindigkeiten“. Krise rechtfertigt viel, aber eben nicht alles.

Den Artikel „Die Covid-19-Judikatur des VfGH und deren Folgewirkungen für die Verwaltungsgerichte“ von Ass.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Martina Kofler-Schlögl finden Sie in **Beilage3**.



## 12. Corona-Impfung: Auch Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung oder psychischer Erkrankung entscheiden grundsätzlich selbst

Menschen, die in einer Pflege- bzw. Betreuungseinrichtung leben, gehören zu den ersten Personen, für die eine Impfung gegen das Corona-Virus möglich sein wird. Martin Marlovits, stv. Fachbereichsleiter Erwachsenenvertretung bei VertretungsNetz, betont jedoch das Prinzip der Freiwilligkeit: „Laut geltender Rechtslage entscheiden alle Personen, die entscheidungsfähig sind, selbst, ob sie einer medizinischen Behandlung zustimmen oder nicht, und zwar unabhängig davon, ob sie eine Erwachsenenvertretung bzw. Vorsorgevollmacht haben oder nicht.“ Dasselbe gilt auch für Impfungen. Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung oder psychischer Erkrankung dürfen nicht zwangsweise geimpft werden – nachdem es ja auch keine Impfpflicht für die gesamte Bevölkerung gibt.

„Wir erleben neuerdings immer öfter, dass Pflegeeinrichtungen an ErwachsenenvertreterInnen herantreten und sie bitten, für ihre KlientInnen zu entscheiden, ob diese geimpft werden sollen, da der Impfstoff bestellt werden müsse. Eine solche Zustimmung kann jedoch nicht undifferenziert erteilt werden und würde dem Gesetz widersprechen!“ warnt Marlovits.

Wenn eine Person über eine medizinische Behandlung nicht selbst entscheiden kann, muss sie in einfacher Sprache über Zweck und Folgen der Behandlung bzw. Nicht-Behandlung aufgeklärt werden. Wenn nötig, wird ein Unterstützernetz aus Angehörigen oder anderen Vertrauenspersonen beigezogen. „Erst wenn trotz all dieser Bemühungen die Entscheidungsfähigkeit der Person in Bezug auf die Behandlung nicht hergestellt werden kann, kann eine Erwachsenenvertreterin oder ein Erwachsenenvertreter an Stelle der betroffenen Person entscheiden. Voraussetzung ist, dass er oder sie für den Wirkungskreis dieser Gesundheitsthemen bestellt ist und sich am mutmaßlichen Willen der betroffenen Person orientiert“, erklärt Marlovits.

VertretungsNetz ist ein gesetzlich anerkannter Erwachsenenschutzverein. Seit 1980 unterstützen, beraten und vertreten wir Menschen mit psychischer Erkrankung oder intellektueller Beeinträchtigung.



## Aus den Bundesländern

### **1. Kärntner Landtag fordert finanzielle Hilfe für Gemeinden**

Im heutigen Gemeindefusschuss brachten alle vertretenen Fraktionen einen All-Parteien-Antrag zur finanziellen Unterstützung der Gemeinden ein. So fordern die Landtagsabgeordneten auf, dass die Landesregierung beim Bund ein zweites Gemeindepaket ausverhandelt.

„Die Gemeinden erweisen sich gerade in der derzeitigen Krise als Rückgrat des Landes“, sagt ÖVP-Ausschussmitglied Herbert Gaggl. „Wir müssen als Landtag dazu beitragen, dass die Kommunen ihren Aufgaben nachkommen und wichtige Investitionen tätigen können.“ Der Vorsitzende des Ausschusses SPÖ-LAbg. Luca Burgstaller betont: „Angesichts der aktuellen Situation sind weitere Maßnahmen des Bundes zur Sicherung der Liquidität der österreichischen Gemeinden unumgänglich.“ FPÖ-Landtagsabgeordneter Bürgermeister Franz Pirolt zum gemeinsamen Antrag: „Es freut mich, dass wir einen gemeinsamen Antrag für ein zweites Corona-Hilfspaket des Bundes für die Gemeinden beschließen konnten.“

### **2. Massentests: Landeshauptleute für zweiten Durchgang Anfang Jänner**

Die österreichischen Landeshauptleute haben sich bei einer Videokonferenz mit der Bundesregierung am Montag dafür ausgesprochen, von 8. bis 10. Jänner einen zweiten österreichweiten Corona-Massentest durchzuführen. Wie der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser am Nachmittag sagte, wurde der Termin nicht fixiert: "Aber es war die klare Präferenz der Landeshauptleute für diesen Termin erkennbar bei der derzeit prognostizierten Weiterentwicklung der Fallzahlen." Das Kanzleramt wollte den Termin am Montag auf APA-Anfrage nicht bestätigen. Bundeskanzler Sebastian Kurz hatte am Vormittag angekündigt, diese Woche zu klären, wann die zweite Welle der Massentestungen über die Bühne gehen sollen.

Bei der Landeshauptleute-Konferenz sei auch besprochen worden, dass in Zukunft mehr Tests durchgeführt werden sollen, "insbesondere bei besonders gefährdeten Gruppen und Regionen", so Kaiser. Nach dem zweiten geplanten Massentest soll dann dazu übergegangen werden, dass Tests zu Hause selbst durchgeführt werden können. Die Test-Tools werden derzeit zertifiziert, es wird damit gerechnet, dass sie im Februar 2021 zur Verfügung stehen, erklärte Kaiser bei einer online übertragenen Pressekonferenz.

Was weitere Öffnungen oder Verschärfungen angeht, so denkt Kaiser daran, dass die Sieben-Tages-Inzidenz "ein ganz wesentlicher Maßstab" sein könnte. Man könnte künftig auch Massentests heranziehen, wenn es Regionen mit einer besonders hohen Sieben-Tages-Inzidenz gibt.

In Kärnten werden die Massentests für die Gesamtbevölkerung am Wochenende, von 11. bis 13. Dezember, über die Bühne gehen. 143 Teststationen mit 321 Testlinien sind in den insgesamt 132 Gemeinden vorgesehen. "Es werden mindestens 7.500 Menschen im Einsatz sein", erklärte der zuständige Landesrat Daniel Fellner. Insgesamt werden an diesem Wochenende rund 90.000 Arbeitsstunden geleistet, teilweise von Freiwilligen, teilweise von Gemeindefitarbeitern, die Überstunden schreiben. Medizinisches Personal soll mit 45 Euro pro Stunde entlohnt werden.

### **3. Massentests - Salzburg, Oberösterreich und Kärnten starten am Freitag**

Mit Salzburg, Oberösterreich und Kärnten starten heute, Freitag, drei weitere Bundesländer in die Corona-Massentests. In Salzburg beginnt das Screening heute in der Landeshauptstadt, wo auch am Samstag noch getestet wird, am Samstag folgen auch der Pinzgau und der Lungau, am Sonntag ist die Bevölkerung im Flachgau, Tennengau und Pongau dran. Am Montag können sich noch alle Bewohner in den Seniorenheimen und Behinderteneinrichtungen des Landes testen lassen.



In Oberösterreich sind die 150 Teststationen von Freitag bis einschließlich kommenden Montag geöffnet. Kärnten will das Vorhaben von Freitag bis Sonntag absolvieren, wobei in einzelnen Gemeinden aufgrund der Schneesituation vom Massentest abgesehen wird

#### 4. Ein Drittel der positiven Antigen-Massentests in Tirol falsch positiv

Für 91,4 Prozent der in Tirol durchzuführenden PCR-Tests liegt bereits ein Ergebnis vor: Knapp 400 der 620 positiven Antigen-Testungen seien bestätigt worden, informierte das Land in einer Aussendung am Montag. Positiv Getestete würden abgesondert, das Contact Tracing vonseiten der Gesundheitsbehörden laufe, berichtete der Projektleiter der Aktion "Tirol testet", Elmar Rizzoli. LH Günther Platter und LHStvin Ingrid Felipe bedankten sich bei den Organisatoren.

"Es war ein gemeinsamer Kraftakt, der in den vergangenen Tagen bewältigt wurde", waren sich die beiden Landespolitiker einig, den Organisatoren gebühre "außerordentlicher Dank und unsere höchste Anerkennung." Dass jedes positive Antigen-Schnelltestergebnis von einem PCR-Test überprüft wird, halte er für die "richtige und wichtige Vorgehensweise", erklärte Projektleiter Rizzoli: "So konnte bei rund einem Drittel schließlich keine Corona-Infektion festgestellt und damit Entwarnung gegeben werden."

Zahlreiche Personen aus verschiedenen Bereichen waren während des Testwochenendes im Einsatz: Von der Projektplanung und -organisation unter der Leitung von Landesamtsdirektor Herbert Forster und Elmar Rizzoli, Leiter des Einsatzstabes Corona, und Mitarbeitern des Landes, über die datentechnische Projektbegleitung vonseiten der Daten-Verarbeitung-Technik GmbH des Landes bis hin zur Organisation vor Ort durch die Tiroler Gemeinden. Zudem hätten Blaulichtorganisationen maßgebliche Unterstützung geleistet. Über 9.600 Freiwillige seien vor Ort gewesen, die bei der Testdurchführung, in der Verwaltung und in vielen weiteren Bereichen mitgewirkt hätten. "Tirol hat einmal mehr bewiesen, dass wir uns aufeinander verlassen können und das Miteinander in unserem Land großgeschrieben wird", lobte LH Platter, woraufhin Felipe ergänzte: "Jede und jeder Einzelne hat Unglaubliches geleistet".

Mit Stand Sonntagabend nahmen 220.713 Tiroler an den Massentestungen teil. Zusätzlich wurden in den vergangenen Tagen von Organisationen und Betreuungseinrichtungen auf freiwilliger Basis ebenso Tests durchgeführt, darunter rund 3.000 Testungen der tiroler Kliniken (27 positive Antigen-Testergebnisse), über 140 Testungen an Behindertenbetreuungseinrichtungen (kein positives Antigen-Testergebnis) und rund 760 Testungen vom Österreichischen Bundesheer (vier positive Antigen-Testergebnisse). Ergebnisse der noch ausstehenden Gemeinden, welche aufgrund der Wetterlage die Testung am Wochenende nicht durchgeführt haben, würden laut Land Dienstagabend vorliegen.

#### 5. Massentests - Vorbereitungen in Salzburg laufen auf Hochtouren

In Salzburg laufen die Vorbereitungen für die freiwilligen und kostenlosen Corona-Massentests am kommenden Wochenende auf Hochtouren. In der Stadt Salzburg sind am Freitag, 11. Dezember, die Bewohner mit einer ungeraden Hausnummer zum Test aufgerufen und am Samstag, 12. Dezember, alle mit einer geraden Hausnummer. Am Land ist am 12. Dezember die Bevölkerung im Pinzgau und im Lungau an der Reihe und am Sonntag, 13. Dezember, die Bevölkerung im Flachgau, Tennengau und Pongau.

Die Testungen finden jeweils von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. In der Stadt Salzburg gibt es mit dem Kongresshaus, dem Messezentrum und dem Terminal 2 am Flughafen Salzburg drei Teststandorte. Diese sind mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, dem eigenen Auto und dem Fahrrad erreichbar. Bei Engpässen wird der Öffi-Verkehr verstärkt.

Zur Registrierung sowohl am Land wie auch in der Stadt Salzburg ist eine e-Card und ein Ausweis mitzubringen. Das Formular für die Registrierung kann schon vorab von der Homepage der Stadt [www.stadt-salzburg.at/coronatest](http://www.stadt-salzburg.at/coronatest) und von der Homepage des Landes [www.salzburg.gv.at/coronatests](http://www.salzburg.gv.at/coronatests) heruntergeladen werden. Allerdings ist das Formular auf der Homepage des Landes nicht in der Stadt Salzburg gültig.



Alle TeilnehmerInnen müssen einen Mund-Nasen-Schutz tragen. Wer Symptome einer Corona-Erkrankung hat, soll nicht zum Test kommen, lautet der Appell der Behörden. Das gilt auch für all jene, die in den vergangenen drei Monaten positiv auf das Virus getestet worden sind oder sich in Quarantäne befinden.

Ausschließlich positiv Getestete erhalten noch am Testtag einen Anruf und werden aufgefordert, zu einem PCR-Test zu kommen. Der genaue Zeitpunkt für diesen Test wird telefonisch mitgeteilt. Bis das Ergebnis vorliegt, soll man sich in Selbstisolation begeben. Wer keinen Anruf erhält, ist negativ auf das Virus getestet worden.

Rund 1.000 HelferInnen wirken bei den Massentestungen pro Tag in der Stadt Salzburg mit. Insgesamt stehen an den beiden Tagen 210 Testspuren zur Verfügung. An das Österreichische Bundesheer wurde ein Assistenzantrag gestellt. Bis zu 300 Soldaten werden den Magistrat unterstützen, gab das Militärkommando Salzburg bekannt. Das Rote Kreuz stellt rund 250 HelferInnen bereit, die Feuerwehr rund 80 und die Stadt Salzburg rund 300 Personen aus ihrem eigenen Personal. Die Polizei ist mit Kontrollfahrten eingebunden. Das Contact Tracing übernimmt die Stadtverwaltung.

Salzburgs Bürgermeister Harald Preuner bedankte sich schon im Voraus bei allen, die sich testen lassen, und auch bei den Einsatzkräften. "Wir wollen den Menschen dieser Stadt ein kostenloses, sicheres und stressfreies Testen ermöglichen und für sie Klarheit schaffen. Nur gemeinsam sind wir stark gegen die Corona-Pandemie."

Die Sachkosten für die Massentests in der rund 157.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt Salzburg betragen etwa 200.000 Euro, wie ein Sprecher der Stadt im APA-Gespräch erläuterte. Man rechne aufgrund der Erfahrungen bei den bisherigen Flächentests mit einer Beteiligung von 25 bis 30 Prozent, erhoffe sich aber eine höhere Quote. "Wir sind innerhalb kürzester Zeit gut aufgestellt und würden uns freuen, wenn sehr viele Menschen dieses Angebot annehmen." Am Land wird in jeder Gemeinde zumindest ein Testlokal eingerichtet. In Summe werden es rund 370 Testlokale sein. Rund 7.000 Personen helfen bei der Abwicklung der Tests mit, wie eine Sprecherin des Landes erklärte. Es handelt sich vorwiegend um Helfer des Roten Kreuzes und der Freiwilligen Feuerwehr sowie um MitarbeiterInnen der Gemeinden und des Katastrophenschutzes. Die Logistik für den Ablauf der Tests ist in jedem Ort gleich.

Jede Teststraße verfügt über drei Testlinien. An jedem Standort kann es mehrere Testlokale und daher mehrere Teststraßen geben. "Das hängt von der Größe der Gemeinde oder der Stadt ab", hieß es in einer Aussendung des Landes Salzburg. Pro Teststraße arbeitet ein Team von zwölf Personen auf drei Testlinien.

Pro Linie können 250 Abstriche und Auswertungen in zehn Stunden, von 8.00 bis 18.00 Uhr, gemacht werden. Eine Teststraße schafft 750 Abstriche pro Tag. Damit sollen Wartezeiten möglichst verhindern werden, "sind aber natürlich nicht ganz auszuschließen".

Derzeit erstellt das Land eine Liste über den Standort der Testlokale in den Gemeinden. Diese Liste ist ab Mittwoch auf der Internetseite des Landes einsehbar. Hier finden die TestteilnehmerInnen auch alle weiteren Informationen über den Ablauf der Massentestung. Teilnehmen können Personen ab dem vollendeten 16. Lebensjahr, auf Wunsch auch jüngere Kinder. Wenn möglich, soll die Datenschutzerklärung und die Zustimmungserklärung schon vorher ausgedruckt und ausgefüllt zum Test mitgenommen werden.

Landeshauptmann Wilfried Haslauer appellierte erneut an die Bevölkerung, am Massentest teilzunehmen. "Es dauert nicht lange, ist unkompliziert, geht rasch und es wird niemand abgewiesen, das ist mir ein besonderes Anliegen." Das Ziel sei klar: "Wir wollen erstens unwissend infizierte Personen erkennen und damit die Infektionskette durchbrechen und einen Überblick über die aktuelle Lage in Salzburg erhalten."

## 6. Massentests im Burgenland starten

Im Burgenland starten heute, Donnerstag, die flächendeckenden Massentestungen auf das Coronavirus. Bis 15. Dezember haben die Burgenländer die Möglichkeit, sich in 34 Gemeinden testen zu lassen. In 25 Kommunen stehen dafür fixe Teststationen zur Verfügung, neun weitere Ortschaften werden von zwei Testbussen angefahren, die jeweils an einem Tag an fixen Haltestellen Testungen durchführen.

Ein Testbus wird im Nord- und Mittelburgenland unterwegs sein, der zweite im Südburgenland. Die 25 fixen Teststationen umfassen mehrere Teststraßen, im Allsportzentrum in Eisenstadt sind es etwa acht. Geöffnet haben die Stationen von 7.30 bis 18.30 Uhr.



## 7. Massentests in eingeschneiten Kärntner Gemeinden verschoben

In den in Oberkärnten vom Schneechaos betroffenen Gemeinden werden die für das kommende Wochenende geplanten Corona-Massentests verschoben. Wie der Landespressedienst am Mittwoch mitteilte, werden die Massentests in insgesamt acht Gemeinden nicht wie geplant von 11. bis 13. Dezember stattfinden, ein neuer Termin stand vorerst nicht fest. Betroffen sind Stall im Mölltal, Kötschach-Mauthen, Winklern, Großkirchheim, Mörttschach, Rangiersdorf, Heiligenblut und Lesachtal.

## 8. Land Salzburg: Ohne Impfung keine Anstellung

Das Land Salzburg wird ab Zulassung eines Covid-19-Impfstoffes nur noch geimpft Personal in Spitälern und Altersheimen neu anstellen. "In unseren Spitälern gibt es de facto eine Impfpflicht, da der Impfstatus vor einer möglichen Beschäftigung überprüft wird und ausständige Impfungen nachgeholt werden müssen", sagt der Gesundheitslandesrat und Vize-Landeshauptmann von Salzburg, Christian Stöckl im Magazin "profil". Dieser Linie folgend will das Land Salzburg Neueinstellungen auch an eine zugelassene Impfung gegen Covid-19 knüpfen. Die Impfpflicht für Neuzugänge wünscht sich Stöckl neben Spitälern und Altersheimen auch für Kindergärten und Schulen im Einflussbereich des Landes. Er lasse nun prüfen, ob das rechtlich möglich sei. Für rund 15.000 bereits aktive Mitarbeiter der Landesspitäler und Altersheime sieht Stöckl keine Möglichkeit, eine Covid-19-Impfung vorzuschreiben. Das wäre ein "zu starker Eingriff ins Privatleben".

## 9. Anmeldungen in der Steiermark bisher überschaubar

Bis Donnerstagmittag haben sich in der Steiermark rund 126.000 Menschen für die Massentests auf das Coronavirus am bevorstehenden Wochenende angemeldet. Das sind erst rund zehn Prozent der knapp 1,25 Millionen EinwohnerInnen der Grünen Mark. Einsatzleiter Harald Eitner meinte im APA-Gespräch, dass möglicherweise Probleme bei der Anmeldung - sowohl online als auch am Telefon - mit schuld sein könnten, weshalb die Anmeldequote bisher eher gering ausgefallen sei.

Für die Tests stehen am Samstag und am Sonntag von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr an 187 Standorten 780 Testspuren zur Verfügung. Etwa 8.000 Männer und Frauen von Gemeinden, Magistraten, Rotem Kreuz, Feuerwehr, Bundesheer und Freiwillige werden bei der Abwicklung und der Organisation der Massentests in der Steiermark helfen.

Ursprünglich sei man davon ausgegangen, dass sich etwa die Hälfte der 1,25 Millionen SteirerInnen testen lassen werden. Nach den Zahlen aus Vorarlberg setzte man die Latte laut Eitner um 100.000 Menschen nach unten. Damit sei das neue Ziel, am kommenden Wochenende rund 500.000 Steirerinnen und Steirer zu testen. Ob diese Quote erfüllt werden kann, darf allerdings bezweifelt werden. Am Donnerstag war ein einziger Teststandort, nämlich der Grazer Congress, bereits ausgebucht.

## 10. Etwa 360.000 Anmeldungen in Niederösterreich

Für die Corona-Massentests am kommenden Wochenende haben sich in Niederösterreich bis Donnerstagvormittag etwa 360.000 Personen angemeldet. Bei 1,530.000 Berechtigten entspricht dies einer Quote von rund 23,5 Prozent. Um an einer der etwa 1.000 Teststraßen im Bundesland untersucht zu werden, sei grundsätzlich keine Online-Voranmeldung unter [www.testung.at](http://www.testung.at) notwendig, betonte LHStv. Pernkopf - sie spare allerdings "Zeit vor Ort".

Am gestrigen Donnerstag sowie am heutigen Freitag gehen in Krems die Wachauer Antikörpertests in die dritte Runde. Aufgerufen sind rund 150 Personen, wie der ORF Niederösterreich berichtete. Alle StudienteilnehmerInnen waren im Frühjahr an Covid-19 erkrankt. Nun soll erneut der aktuelle Immunitätsstatus überprüft werden.



## Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

### 1. Entschließungsantrag der Regierungsparteien zu einem zweiten Gemeinde-Hilfspaket

„Die Krise dauert nun einfach schon zu lange und daher braucht es weitere Unterstützungsmaßnahmen, damit die Gemeinden die Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen aus der Daseinsvorsorge ausreichend gewährleisten können“, zitiert ÖVP-Gemeindesprecher Abg. Bgm. Manfred Hofinger aus einem Entschließungsantrag, den er gestern am Abend im Plenum des Nationalrates eingebracht hat.

„Obgleich bereits seit längerem Gespräche über ein weiteres Hilfspaket mit dem Finanzministerium laufen, war es mir wichtig, mittels eines gemeinsamen Antrages mit den Grünen dieses auch auf diesem Wege sicherzustellen“, zeigt sich Hofinger über die breite Zustimmung im Nationalrat erfreut.

Der Antrag lautet wie folgt:

**„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird ersucht, ein weiteres Hilfspaket für die Gemeinden zu schnüren, damit diese auch in der Krise die Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen aus der Daseinsvorsorge ausreichend gewährleisten können.“**

Den vollständigen Antrag finden Sie in **Beilage4**

### 2. Städtebund begrüßt Entschließungsantrag für Hilfspaket für Gemeinden

„Der Entschließungsantrag betreffend Sicherung der Gemeindefinanzen in der Krise, der gestern im Nationalrat eingebracht wurde, ist vollinhaltlich zu begrüßen“, sagte heute Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

„Der Österreichische Städtebund hat mehrfach darauf hingewiesen, dass die Auswirkungen der Einnahmefälle aufgrund der Corona-Krise auch dramatische Folgen für die Finanzsituation der Städte und Gemeinden hat. Nirgendwo sonst sind die Auswirkungen mangelnder Finanzierung für die Bevölkerung so unmittelbar spürbar wie auf der kommunalen Ebene,“ setzte er fort. „Um auch in der Krise die Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Daseinsvorsorge ausreichend gewährleisten zu können, müssen die Finanzierungslücken unmittelbar geschlossen werden – und zwar nicht nur durch Zuschüsse zu den Investitionen, sondern auch durch echtes Geld“, erklärte Weninger.

Aufgrund der Einnahmefälle bei den Steuern (v. a. bei den Ertragsanteilen, der Kommunalsteuer und Fremdenverkehrsabgabe) fehlt es Städten und Gemeinden an Geld, das für die laufenden Finanzierungen benötigt wird. Da die kommunale Ebene auch für wichtige soziale Dienstleistungen verantwortlich ist (Kindergärten, Pflege, Soziales) macht die Situation besonders prekär.

„Der Österreichische Städtebund begrüßt den Entschließungsantrag des Parlaments und ruft in diesem Zusammenhang nochmal die 5-Punkte-Forderung der Geschäftsleitung des Städtebundes in Erinnerung“, so Weninger.





Der Österreichische Städtebund fordert:

1. Die rasche Einberufung eines Kommunalgipfels
2. Zusätzliche finanzielle Mittel: 1,5 Mrd. zum Ausgleich für den Einnahmenentfall und 1 Mrd. für Investitionen (insgesamt 2,5 Milliarden, um die lokale und regionale Wirtschaft anzukurbeln)
3. Miteinbeziehung der Kommunen bei der Verteilung von Mitteln aus dem Europäischen Aufbauplan
4. Zugang der Städte und Gemeinden zur ÖBFA (Österreichische Bundesfinanzierungsagentur), um sich über Negativzinsen bzw. über günstige Konditionen zu refinanzieren.
5. Einbeziehung von Städten, Gemeinden und kommunalen Unternehmen in die Hilfsprogramme des Bundes (insbesondere den Fixkostenzuschuss).

„Es ist dringend notwendig, dass die VertreterInnen der Städte und Gemeinden so bald wie möglich in die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs eingebunden werden, um zu gewährleisten, dass das Geld punktgenau dort eingesetzt wird, wo es direkt den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommt“, schloss Weninger.

### 3. Städtebund: Auch Fiskalrat empfiehlt Ausgleich für Städte und Gemeinden

„Der Bericht des Fiskalrates zeigt das Bewusstsein für die wichtige Rolle der Städte und Gemeinden“, sagte heute Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes anlässlich der Präsentation des „Berichts über die öffentlichen Finanzen 2019–2021 und Empfehlungen des Fiskalrates.“ Allein die Tatsache, dass erstmals von „Städten und Gemeinden“ die Rede ist, zeige, dass die kommunale Ebene mehr als ein Unterkapitel in diesem wichtigen Dokument sei, sagte Weninger. Tatsächlich widmet sich ein ausführlicher Teil dem Thema Daseinsvorsorge, abgestimmten Aufgabenbereichen und Finanzausgleich. So hält der Bericht fest, dass „die Landes- und Gemeindeebene mit deutlichen Budgetüberschüssen zur soliden Fiskalposition Österreichs beigetragen“ habe. Und weiter: „Durch die ausgeprägte Mittelbereitstellung für Länder und Gemeinden im Zuge des Finanzausgleichs, insbesondere über die gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Ertragsanteile), tragen alle gebietskörperschaftlichen Ebenen die Lasten bzw. die Kosten der sozialen Abfederung der COVID-19-Pandemie anteilig“, so der Bericht. Aufgrund der Einnahmenentfälle bei den Steuern (v. a. bei den Ertragsanteilen, der Kommunalsteuer und Fremdenverkehrsabgabe) entstehe eine Finanzierungslücke, deren Auswirkungen besonders stark sind, weil Städte und Gemeinden für die sozialen Dienstleitungen (Kindergärten, Pflege, Schulen etc.) verantwortlich zeichnen.

#### Die Empfehlungen des Fiskalrats:

Die kommunale Investitionstätigkeit und Daseinsvorsorge müssen aufrechterhalten werden, um die örtliche Versorgung mit Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen sicherzustellen. Die Finanzausgleichspartner sind gefordert, eine faire Verteilung der Lasten, aber auch eine adäquate Finanzausstattung der gebietskörperschaftlichen Ebenen zu finden. In diesem Zusammenhang spielen alters- und alterungsbezogene Bereiche, wie Bildung, Gesundheit und Pflege eine besondere Rolle.

„Der Österreichische Städtebund begrüßt die Empfehlungen des Fiskalrates und ruft in diesem Zusammenhang nochmal die 5-Punkte-Forderung der Geschäftsleitung in Erinnerung, denn bisher haben wir keine inhaltliche Antwort der Bundesregierung bekommen und auch eine Einladung zu Gesprächen ist bisher ausgeblieben“, erklärte Weninger.

#### Der Österreichische Städtebund fordert daher:

- Die rasche Einberufung eines Kommunalgipfels
- Zusätzliche finanzielle Mittel: 1,5 Mrd. zum Ausgleich für den Einnahmenentfall und 1 Mrd. für Investitionen (insgesamt 2,5 Milliarden, um die lokale und regionale Wirtschaft anzukurbeln)
- Miteinbeziehung der Kommunen bei der Verteilung von Mitteln aus dem Europäischen Aufbauplan
- Zugang der Städte und Gemeinden zur ÖBFA (Österreichische Bundesfinanzierungsagentur), um sich über Negativzinsen bzw. über günstige Konditionen zu refinanzieren.
- Einbeziehung von Städten, Gemeinden und kommunalen Unternehmen in die Hilfsprogramme des Bundes (insbesondere den Fixkostenzuschuss).



#### 4. Bürgermeister Stadler kritisiert Kommunikation des Bundes

Mindestens 26 Teststraßen binnen weniger Tage organisieren, das war die Herkulesaufgabe, die der Bund der Landeshauptstadt St. Pölten aufgetragen hat. Mittlerweile scheint alles für die Massentests am 12. und 13. Dezember bereit. Es werden sogar 32 Teststraßen zur Verfügung stehen. St. Pöltens Bürgermeister Matthias Stadler ist auch Vorsitzender des NÖ Städtebundes. Er kritisiert jetzt die Kommunikation des Bundes. „In Pressekonferenzen werden alle möglichen Dinge verkündet und versprochen, ohne ein vernünftiges gesamtheitliches Konzept für die organisatorische und administrative Umsetzung oder die nötigen Ressourcen bereitzustellen. Einmal mehr wird die Verantwortung und Umsetzung zum großen Teil einfach an die Länder und Kommunen weiterdelegiert“, ärgert sich Stadler.

Die Maßnahmen seien jedoch zu begrüßen und würden auch mitgetragen. „Ob diese Form der Durchführung der Massentestungen der Weisheit letzter Schluss ist, wage ich aber zu bezweifeln“, so Stadler. Er richtet auch einen Appell an die Bevölkerung, sich an die Vorgaben und Regeln bei den Massentests zu halten, wie etwa die genaue Einhaltung des Testtermins. Damit würden lange Wartezeiten verhindert und der Ablauf könnte so reibungslos funktionieren.

Lob kommt hingegen von Stadler für die gute Zusammenarbeit mit dem Land und allen beteiligten Organisationen, wie Bundesheer, Feuerwehr und die Rettungsorganisationen. Viele offene Fragen konnten in einer Sitzung ausgeräumt werden. Die Entscheidung, in Niederösterreich ein eigenes EDV-System zur Anwendung zu bringen, begrüßt Stadler: „Das spricht aber auch nicht gerade für die Performance des Bundes.“

#### 5. Abgeordneter Keck: Bundesregierung soll den Gemeinden Kosten der Massentests endlich vollständig ersetzen

In der Nationalratsdebatte zu den Maßnahmen gegen die Pandemie brachte SPÖ-Abgeordneter Dietmar Keck heute, Freitag, einen Entschließungsantrag der SPÖ ein, in dem die Bundesregierung dazu aufgefordert wird, den Ländern und Gemeinden die Kosten für die Durchführung der Massentests vollständig zu ersetzen. Ohne die Gemeinden wäre diese Mammutaufgabe nicht durchführbar. „Die Bundesregierung darf die Gemeinden nicht alleine lassen!“, mahnt der Abgeordnete ein. Gesundheitsminister Anschöber solle sich an sein Wort halten und der Zusage, der Bund würde die Kosten übernehmen, nachkommen.

Bereits ohne Mehrkosten durch die Massentestungen befinden sich die Gemeinden und Städte in einer finanziellen Ausnahmesituation, wodurch sich wichtige Leistungen für die BürgerInnen und der lokale Motor der Wirtschaft in Gefahr befinden. Es gibt noch großen Handlungsbedarf der Bundesregierung bei der Unterstützung der Gemeinden.

#### 6. Massentests - Problemloser Start in Eisenstadt

Im Burgenland sind Donnerstagfrüh die flächendeckenden Massentestungen angelaufen. Seit 7.30 Uhr sind die 25 fixen Teststationen und zwei Testbusse in Betrieb. In der größten Station, dem Allsportzentrum in Eisenstadt, sind für den ersten Tag rund 1.400 Personen angemeldet, sagte Bürgermeister Thomas Steiner im Gespräch mit der APA. Einige standen bereits vor der Öffnung Schlange, um sich testen zu lassen. Der Start verlief problemlos.

Acht Teststraßen wurden im Allsportzentrum eingerichtet und ermöglichen 80 Tests in einer Viertelstunde. Würden bis zum Ende der Testungen am kommenden Dienstag alle Kapazitäten voll ausgeschöpft, könnte man in der Station rund 19.500 Personen testen. Angemeldet seien bisher knapp 3.000. "Ich gehe aber schon davon aus, dass das noch einige mehr werden", sagte Steiner, der sich Donnerstagfrüh ein Bild der Lage im Allsportzentrum verschaffte.

Er selbst werde noch am Donnerstagvormittag gemeinsam mit dem ehemaligen Landeshauptmann Hans Niessl testen gehen, so Steiner. Rund 100 Mitarbeiter sind bei den Massentestungen in der Landeshauptstadt im Einsatz - darunter Mitarbeiter des Magistrats und der umliegenden Gemeinden, Vertreter des Bundesheeres, des Roten Kreuzes und Freiwillige.



## 7. Massentests - 8.700 Anmeldungen in Klagenfurt

In Klagenfurt haben sich mit Stand Donnerstagvormittag 8.700 der insgesamt rund 100.000 EinwohnerInnen für den Massentest am Wochenende angemeldet. Wie die Verantwortlichen bei einem Lokalausgesehen bei der größten Teststation am Klagenfurter Messegelände, sagten, rechne man aber damit, dass an den Testtagen noch zahlreiche Personen ohne vorherige Anmeldung auftauchen würden. Sie können sich an Ort und Stelle registrieren lassen, es wurden extra Anmeldezonen eingerichtet.

Vier Teststationen wird es von 11. bis 13. Dezember jeweils von 8.00 bis 18.00 Uhr im Gebiet der Kärntner Landeshauptstadt geben. Diese sind neben dem Messegelände in der ehemaligen Hypo-Zentrale, in der Schleppe-Eventhalle und bei Minimunds.

Von den insgesamt 68 Testlinien befinden sich 39 am Messegelände. Insgesamt sei man dafür ausgelegt, an den drei Tagen rund 50.000 Personen testen zu können, erklärte Krisenstabs-Leiter Alexander Lubas. Wie Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz sagte, stehen das gesamte Wochenende 420 Magistrats-MitarbeiterInnen im Einsatz, gemeinsam mit dem Sanitäts-Personal sind es 600 Personen.

## 8. Junge InnsbruckerInnen nahmen Angebot besonders gut an

Nach dem Massentest in Tirol am vergangenen Wochenende hat die Landeshauptstadt Innsbruck eine "Kurzanalyse" durchgeführt. Demnach nahmen vor allem junge Innsbrucker, also jene zwischen 20 und 30 Jahren, das Angebot gut an. Die meisten Getesteten ließen sich dieser Altersgruppe zuordnen, teilte die Stadt am Freitag mit. Wenig Interesse zeigten dagegen die Jahrgänge 1973 bis 1978. Grundlage für die Analyse war eine Stichprobe von 2.500 Anmeldezetteln.

Die Auswertung erfolgte, "um Rückschlüsse für weitere Aktionen dieser Art und Größenordnung zu erhalten", hieß es. Bürgermeister Georg Willi zeigte sich erfreut, dass besonders junge Menschen an der Aktion teilgenommen hatten: "Ich freue mich, dass sich die junge Generation ihrer Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit besonders verpflichtet gefühlt hat", meinte er. In Innsbruck nahmen rund 36.600 Menschen am Massentest teil, davon fielen 68 Antigen-Tests positiv aus.

## 9. Massentests - Guter Andrang zum Auftakt in der Stadt Salzburg

Der erste der beiden Tage für die Corona-Massentests in der Stadt Salzburg hat am Freitag mit einem für die Einsatzkräfte erfreulich starken Andrang begonnen. Gegen 9.30 Uhr - eineinhalb Stunden nach Öffnung der Teststraßen - waren laut Auskunft eines Sprechers der Stadt bereits 2.102 Personen getestet worden. 13 Antigentests fielen dabei positiv aus, das entspricht einer Quote von rund 0,6 Prozent. Die Ergebnisse müssen aber noch von einem PCR-Test bestätigt werden.

Während es in den beiden Testzentren am Flughafen und im Messezentrum aufgrund der deutlich höheren Kapazitäten so gut wie keine Verzögerungen gab, bildeten sich vor dem dritten Testzentrum, dem Kongresshaus in der Innenstadt, zwei Warteschlangen. Gegen 10.15 Uhr warteten etwa rund 150 Menschen auf den Einlass. Auf der Homepage der Stadt wurde darum empfohlen, nach Möglichkeit zu einer der anderen beiden Teststationen zu fahren.

## 10. Parkgebühren gelten wieder in Klagenfurt und Villach

Wegen der Lockerungsmaßnahmen für den Handel tritt mit kommendem Montag auch wieder die Gebührenpflicht für die Kurzparkzonen in Klagenfurt und Villach in Kraft. Die beiden Städte hatten im November für die Zeit des Lockdowns die Gebührenpflicht aufgehoben. Die Kurzparkzonen an sich blieben aber, die Ankunftszeit musste etwa mit einer Parkscheibe angezeigt werden.



## 11. Wien: Kaffeehäuser öffnen für Schüler zum Lernen

Schülerinnen und Schüler, die während der Coronavirus-Pandemie Platz und Infrastruktur zum Lernen brauchen, können ab Donnerstag drei Wiener Kaffeehäuser dafür nützen. Die Räume stehen bis Weihnachten jeweils nachmittags gratis zur Verfügung. Ausgelegt ist das Angebot vor allem für Oberstufenschüler. Während Pflichtschüler seit Wochenbeginn zumindest wieder in den Präsenzunterricht zurückgekehrt seien, könne die Oberstufe mit Ausnahme der Maturajahrgänge nach wie vor nicht in die Klasse zurück, sagte Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr. Viele Schülerinnen und Schüler hätten aber Schwierigkeiten beim Distance-Learning – etwa wegen einer schlechten Internetverbindung, zu wenig Platz, lauter Geschwister oder fehlender Endgeräte. Die Lerncafes sollen nun eine ruhige Alternative bieten „für alle, die sagen: Ich halt’s nicht mehr aus im Homeschooling“, wie Wiederkehr erklärte. Drei Kaffeehäuser machen nun einmal bis Weihnachten mit: das traditionelle „Cafe Museum“ am Karlsplatz, das „Cafe Frauenhuber“ in der Inneren Stadt und „The Legends“ (vormals „Cafe Haller“) in Wien-Landstraße. Die Reservierung erfolgt über die Plattform Book Your Room, über die bereits Hotelzimmer für das Lernen gebucht werden können. Die ersten Slots – zur Auswahl stehen 14.00 bis 16.00 und 17.00 bis 19.00 Uhr – werden bereits für Donnerstag vergeben.

Mehr dazu: <https://wien.orf.at/stories/3079761/>



## Europa und International

### 1. Großbritannien bereitet sich auf erste Impfungen vor

In Großbritannien sollen am morgigen Dienstag die ersten Menschen gegen Corona geimpft werden. Vor dem Start laufen die Vorbereitungen in mehreren Dutzend Krankenhäusern auf Hochtouren. Am Wochenende kamen - unter anderem in einem Krankenhaus im Süden von London - Boxen mit den ersten Impfdosen an. Das Vakzin von Biontech und Pfizer stellt die Behörden vor eine logistische Herausforderung, da es bei minus 70 Grad Celsius gekühlt werden muss. Die britische Regierung will das in Belgien produzierte Präparat notfalls mit Militärflugzeugen einfliegen, damit es nicht im befürchteten Brexit-Verkehrschao stecken bleibt. Im Vereinigten Königreich sollen zunächst Über-80-Jährige, Mitarbeiter in Pflegeheimen sowie besonders gefährdetes medizinisches Personal geimpft werden. Geimpfte erhalten eine Impfkarte als Nachweis, die gleichzeitig als Erinnerung an den zweiten Impftermin rund drei Wochen nach dem ersten erinnern soll.

Mehr dazu: <https://www.diepresse.com/5908325/grossbritannien-bereitet-sich-auf-erste-impfungen-vor>

### 2. Corona belebt klassische Rollenbilder in Deutschland

400 Euro pro Monat müssen Studierende im Schnitt in deutschen Hochschulstädten für ein WG-Zimmer bezahlen. Das sind elf Euro mehr als im vergangenen Jahr, zeigt eine Analyse eines Portals zur Vermittlung von WG-Zimmern und des Berliner Moses Mendelssohn Instituts (MMI). Untersucht wurden Preise in 97 deutschen Uni-Städten mit mindestens 5.000 Studierenden. Demnach muss man in München mit durchschnittlich 650 Euro am meisten für ein WG-Zimmer bezahlen. In Berlin und Hamburg muss man etwa 500 Euro pro Monat berappen. Trotz dessen, dass die Seminare und Vorlesungen derzeit fast ausschließlich digital stattfinden, wollen viele Studierende von zuhause ausziehen und Erfahrungen an ihren Hochschulstandorten sammeln. Auch die Nachfrage nach Studienplätzen hat bundesweit zugenommen.

Mehr dazu: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-12/umfrage-hausarbeit-familienarbeit-pandemie-frauen>

### 3. Drei Viertel in Manaus infiziert

In der Stadt Manaus im Nordwesten Brasiliens ist nur sehr wenig gegen die Ausbreitung des Coronavirus unternommen worden. Das hat laut einer neuen Studie dazu geführt, dass sich bereits 76 Prozent der zwei Millionen Einwohner und Einwohnerinnen infizierten. Ob sich deshalb eine Herdenimmunität entwickelt hat, ist noch unklar.

Mehr dazu: <https://science.orf.at/stories/3203458>

### 4. WTO: Geistige Eigentumsrechte bei Impfstoffen aufrecht

Die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) haben sich gestern nicht auf eine Ausnahmeregelung zum Schutz geistigen Eigentums für Coronavirus-Impfstoffe einigen können. Das erfuhr die Nachrichtenagentur AFP aus dem Umfeld der Organisation nach einer WTO-Tagung des Rats für handelsbezogene geistige Eigentumsrechte (Trips) in Genf. Der Vorstoß ging auf Indien und Südafrika zurück. Auch Menschenrechtsgruppen hatten eine vorübergehende Ausnahmeregelung gefordert, um Menschen weltweit den Zugang zu Coronavirus-Impfstoffen zu ermöglichen. Den Angaben zufolge einigten sich die WTO-Mitglieder darauf, das Thema auf die nächste Trips-Ratssitzung zu verschieben, „um eine gründlichere Prüfung des Antrags auf eine Ausnahmeregelung zu ermöglichen“. Bei den Verhandlungen in Genf boten die WTO-Mitglieder über Vorschläge, bestimmte Verpflichtungen des Trips-Abkommens aufzuheben. Diese betreffen die Vorsorge, Eindämmung und Behandlung von Covid-19.



## Bericht aus dem Büro des Österreichischen Städtebundes in Brüssel

### **1. Europäische Kommission: COVID19-Wettbewerbs- & Innovationsfähigkeit der EU-Arzneimittelindustrie**

Die Arzneimittelstrategie der EU-Kommission soll mehr sein als ein Krisenreaktionsinstrument. Trotzdem werden darin Lehren aus der ersten Reaktion auf die COVID-19-Pandemie gezogen. Der europäische Arzneimittelsektor soll besser vorbereitet und resilienter werden. Die Strategie enthält konkrete Maßnahmen zur Gewährleistung der Zugänglichkeit, Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Arzneimitteln. Europa muss sich jetzt für kommende Krisen wappnen und seine Widerstandsfähigkeit erhöhen, um medizinisch und wirtschaftlich wieder gesund zu werden und es zu bleiben.

Presse: [Eine Arzneimittelstrategie für Europa](#)

### **2. Europäische Kommission: COVID19-Fit-for-the-Future**

Die Plattform der hochrangigen ExpertInnengruppe unterstützt die EU-Kommission dabei, die geltenden EU-Rechtsvorschriften gerade in covid-19-Zeiten zu vereinfachen und zukunftsfähig zu gestalten und so den Verwaltungsaufwand für Gesellschaft und Unternehmen zu verringern. Diese Bemühungen sind Teil des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtssetzung (REFIT). In und auf dem Weg aus der COVID-19-Krise ist es noch wichtiger, Kommunen und Unternehmen so wenig wie möglich mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand zu belasten.

Presse: [Plattform "Fit for Future" \(F4F\) | EU-Kommission \(europa.eu\)](#)

### **3. Europäische Kommission: COVID19-EU-Schuldverschreibungen**

Die EU-KOM wird erstmals mit einer umfangreichen Ausgabe von EU-Schuldverschreibungen im Rahmen von NGEU und des EU-Budgets 2021-2027 betraut:

- Mit einer Ausgabe von EU-Anleihen in einer potentiellen Höhe bis zu 900 Mrd. € könnte die KOM zum größten supranationalen Emittenten weltweit aufsteigen. Vermutlich werden die Mitgliedstaaten aber nicht alle Mittel abrufen.
- Die GD BUDGET baut dazu ein Schuldenmanagement in Luxemburg auf
- Die KOM könnte im Bereich der Ausgabe von sozialen und grünen supranationalen Anleihen eine globale Führungsrolle bei der Standardsetzung für solche Anleihen zufallen.

Jedenfalls kann die Ausgabe von EU-Anleihen zunächst zu einer Vertiefung des EU-Kapitalmarktes führen. Ob die von manchen gestellte (EZB-Präsidentin Lagarde, Kommissar Gentiloni) Forderung nach einer Permanenz von EU-Anleihen auch zu einer stärkeren fiskalischen Integration auf EU-Ebene führen wird, bleibt abzuwarten.

Presse: [Europäische Kommission führt erste EU-SURE-Emission durch \(europa.eu\)](#)



#### 4. EURO-GRUPPE: inklusives Format (27 EU-Mitgliedstaaten)

Bankenunion: Politische Einigung erzielt: Die Reform soll das Instrumentarium des 2012 gegründeten (ESM) weiterentwickeln und die Rolle des ESM bei der Gestaltung und Überwachung von Finanzhilfeprogrammen stärken. Sie sieht auch die Einrichtung einer gemeinsamen Letztsicherung (Common Backstop) für den Einheitlichen Abwicklungsfonds SRF in Form einer Kreditlinie des ESM vor. Diese soll ein finanzielles Sicherheitsnetz für Abwicklungen von Banken in der Bankenunion bieten, und zur Finanzstabilität beitragen. Der Backstop soll zwei Jahre früher als geplant starten, 2022 statt 2024. Die Eurogruppe will den überarbeiteten ESM-Vertrag Anfang 2021 unterzeichnen und so den Ratifizierungsprozess einleiten.

#### 5. EURO-GRUPPE: reguläres Format (19 Euroraum-MS)

Digitaler Euro: Aussprache über die Chancen und Herausforderungen der etwaigen Einführung eines digitalen Euro geführt (Priorität aus dem Arbeitsprogramm).

IWF-Art. IV-Überprüfung des Euroraums: IWF-Direktorin Georgieva unterstrich die Wichtigkeit von effektiver NGEU-Umsetzung, Vermeidung pandemie-induzierter Ungleichheiten und Unterstützungsmaßnahmen dürfen nicht zu früh beendet werden.

Budgetentwürfe der Euroraum-MS für 2021: gezielte, temporäre Maßnahmen für 2021 sind notwendig.

Presse: [Videokonferenz der Euro-Gruppe - Consilium \(europa.eu\)](#)

#### 6. Europäische Zentralbank: COVID19-Ausweitung des Notkaufprogramms

Die EZB hat am 10. Dezember um ihr Pandemie-Notkaufprogramm zum vorübergehenden Erwerb von Wertpapieren des privaten und öffentlichen Sektors ausgeweitet: Das Volumen steigt um 500 Milliarden auf 1,85 Billionen Euro, die Laufzeit wurde bis mindestens Ende März 2022 verlängert. Ziel ist, den wirtschafts- und geldpolitischen Risiken der Coronakrise entgegenzuwirken. Die EZB will sicherstellen, dass alle Wirtschaftssektoren von den unterstützenden Finanzierungsbedingungen profitieren können.

Presse: [Monetary policy decisions \(europa.eu\)](#)

